

DROHNEN-KAMPAGNE

Gegen die Etablierung von Drohnentechnologie für Krieg, Überwachung und Unterdrückung



Berlin, den 14. November 2017

Lieber Michael Kellner,
liebe Mitglieder der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Wir - Vertreter*innen der bundesweiten Drohnen-Kampagne - wenden uns an Sie anlässlich der Sondierungsgespräche und im Hinblick auf bevorstehende Koalitionsverhandlungen.

Der Vorstand ihrer Partei hat in 2013 die von uns ins Leben gerufene Kampagne gegen die Anschaffung von bewaffnungsfähigen Drohnen und die Etablierung einer Drohnentechnologie zur Kriegsführung, Überwachung und Unterdrückung unterzeichnet und damit unserer Arbeit an der Basis einen wichtigen Impuls gegeben.

Wir finden mit diesem Anliegen große Zustimmung in der Bevölkerung. 150 Gruppen und Organisationen haben ebenfalls unseren Aufruf unterzeichnet

Mit Freude haben wir zur Kenntnis genommen, dass Ihre Partei im Programm zur Bundestagswahl die Ablehnung der Anschaffung bewaffnungsfähiger Drohnen klipp und klar bekräftigt hat.

Wir wünschen uns sehr, dass Sie sich in den Koalitionsverhandlungen mit dieser Position durchsetzen können.

Mit Sorge beobachten wir die Ausweitung des Drohnenkrieges unter der Regierung Donald Trumps, für den die US-Satelliten-Relaisstation im rheinland-pfälzischen Ramstein weiterhin unbehelligt unter dem Verdacht des Völkerrechtsbruchs genutzt wird. Italiens Wunsch nach einer Bewaffnung ihrer Reaper-Drohnen droht im nächsten Jahr Realität zu werden.

Wir wünschen sehr, dass die künftige deutsche Regierung ein Zeichen dagegen setzt. Sie darf diesen Irrweg der Aufrüstung nicht mitgehen und muss die Schließung der US-Relaisstation herbeiführen.

Hier noch einmal die Gründe für unsere Ablehnung bewaffnungsfähiger Drohnen für die Bundeswehr:

Weil ihr Einsatz

- die Schwelle zu bewaffneten Aggressionen weiter senkt
- weil "gezielte" Tötung einzelner ins Visier genommener Personen außerhalb der Kampfzonen, also ohne dass sie den Status von Kombattanten haben, einer Hinrichtung weil ohne Anklage, Verfahren und Urteil, gleich kommt
- die Bevölkerung betroffener Landstriche an Leib und Leben gefährdet und terrorisiert
- eine neue Rüstungsspirale in Gang setzt und
- den Übergang zu autonomen, unbemannten Waffensystemen darstellt

Wir fordern von der künftigen Bundesregierung und dem Bundestag

- den Irrweg der Anschaffung und Produktion bewaffnungsfähiger Drohnen sowie die diesbezügliche Forschung und Entwicklung aufzugeben und
- sich für ein weltweites Verbot und völkerrechtliche Ächtung dieser Waffen einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Lühr Henken, Sprecher des Bundesausschuss Friedensratschlag
Elsa Rassbach, Sprecherin CODEPINK Germany, AGs Kampfdrohnen in Attac u. DFG-VK
Laura v. Wimmersperg, Moderatorin der Berliner Friedenskoordination